

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales Drucksache 10/5276 ab. Der Ausschuß empfiehlt in den beiden Ziffern der Beschlußempfehlung, sowohl den Antrag der CDU-Fraktion als auch den Antrag der SPD-Fraktion für erledigt zu erklären. Wenn Sie damit einverstanden sind, stimmen wir über beide Ziffern gemeinsam ab. - Ich höre keinen Widerspruch, dann können wir das so machen. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlußempfehlung Drucksache 10/5276 angenommen.

Wir stimmen nun über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen Drucksache 10/3974 ab. Diese Beschlußempfehlung ist in drei Ziffern unterteilt. In Ziffer 1 seiner Beschlußempfehlung empfiehlt der Ausschuß, einen neu formulierten Antrag aller drei Fraktionen anzunehmen. In den Ziffern 2 und 3 der Beschlußempfehlung sollen die Anträge der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion für erledigt erklärt werden.

Wir stimmen nun über die Ziffer 1 der Beschlußempfehlung, also diesen neu formulierten Antrag aller drei Fraktionen, ab. Wer Ziffer 1 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Damit ist die Ziffer 1 angenommen.

(B)

Wir stimmen nun über die Ziffern 2 und 3 der Beschlußempfehlung ab, wonach die beiden Ursprungsanträge der SPD und der CDU für erledigt erklärt werden. Auch hier stimmen wir gemeinsam ab. Wer den Ziffern 2 und 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Ziffern 2 und 3 auch angenommen und die Anträge für erledigt erklärt.

Abschließend, meine Damen und Herren, stimmen wir nun über die vorliegenden Entschließungsanträge ab, und zwar zunächst über den Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 10/3673. Wer dieser Entschließung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Ich darf feststellen, daß dieser Entschließungsantrag abgelehnt ist.

Es folgt nun die Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 10/5303. Wer dieser Entschließung zustimmen möchte, den bitte ich um ein

Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Ich darf feststellen, daß dieser Entschließungsantrag damit angenommen ist.

(C)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/3092. Wer dieser Entschließung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Ich darf feststellen, daß dieser Entschließungsantrag abgelehnt ist.

(Zurufe von der F.D.P.)

- Eine Enthaltung? Entschuldigung: Drei Enthaltungen sind festgestellt worden.

Meine Damen und Herren, damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe nun die zu Beginn der heutigen Sitzung beschlossene Ergänzung der Tagesordnung auf:

Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/5367
erste Lesung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird durch den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales einggebracht. Herr Minister Heinemann, ich erteile Ihnen das Wort.

Heinemann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Änderung des Landesaufnahmegesetzes, die die Landesregierung heute vorschlägt, ist ein großer Hilfspakt der Vernunft,

(D)

(Zurufe von der CDU)

ein Hilfspakt für die weitere Demokratisierung und die wirtschaftliche Entwicklung der DDR. Es hat nämlich nie genügt, immer nur davon zu sprechen, die Entwicklung in der DDR zum Besseren voranbringen zu wollen. Es war vielmehr immer notwendig, diese Entwicklung durch eigenes Handeln voranzubringen. Dazu gehören auch deutlichere Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger in der DDR, in ihrem Land zu bleiben und dort den Aufbau voranzutreiben. - Es ist aber auch ein Hilfspakt, der den Übersiedlern selbst helfen wird.

Trotz aller Warnungen vor übergroßen Problemen sind viele viel zu lange zu uns gekommen. Wer je ein Übergangsheim, ein Containerlager oder eine für Übersiedler

(Minister Heinemann)

- (A) hergerichtete Turnhalle besucht hat, der weiß, daß wir uns an den Übersiedlern selbst versündigen, wenn wir sie einfach weiter in solche Lebensfallen laufen lassen.

Das Verfahren, so wie es jetzt war, ist inhuman, weil viele Menschen, die aus der DDR zu uns kommen, gar nicht wissen, was sie für Jahre in unserem Lande erwartet, was wir selbst nicht erleben möchten.

(Dreyer (CDU): Staumühle ist inhuman!))

- Herr Dreyer, ich habe es Ihnen schon vorhin gesagt, daß Staumühle nach Auffassung Ihres Bundesverteidigungsministeriums, in dem Sie wohl den Minister stellen, sogar für die lang- und mittelfristige Unterbringung vorgesehen war. Dieser Herr Breuer - ein mir unbekannter Mann, der aber, wie ich festgestellt habe, auch Ihrer Partei angehört - hat mich beschimpft, daß ich Staumühle bisher nicht für langfristige und mittelfristige Unterbringung genutzt habe.

Ich sage Ihnen noch einmal: Wer hier so argumentiert und nicht gleichzeitig das kritisiert, was seine Partei auf Bundesebene, seine Bundestagsabgeordneten sagen, begeht eine Doppelzüngigkeit. Ich halte das für ein mieses Spiel.

Ich hoffe, daß unser Signal es auch manchem DDR-Übersiedler in Zukunft psychologisch leichter macht, in die DDR zurückzukehren.

(B)

Unsere Entscheidung ist aber auch ein wichtiger Hilfspakt mit unseren Gemeinden im Lande. Wir wollen einen Beitrag leisten, damit Schulen, Turnhallen und andere Gemeinschaftseinrichtungen wieder den Bürgern zur Verfügung stehen. Wir wollen, daß den Gemeinden der Druck weiterer Zuweisungen genommen wird und sie darangehen können, die bestehende Notsituation abzubauen.

In Zukunft soll folgendes gelten: Die Gemeinden werden von der Pflicht zur Aufnahme und Betreuung von Übersiedlern entbunden. Jeder Übersiedler hat in Zukunft volle Freizügigkeit und kann sich in der Gemeinde seiner Wahl niederlassen. Aber volle Freizügigkeit heißt jetzt auch volle Selbstverantwortung. Wer ohne Wohnung und ohne Arbeit kommt, dem wird deshalb nicht mehr anders als jedem bundesdeutschen Obdachlosen geholfen. Ihm wird geholfen wie jedem anderen Bundesdeutschen, der aus freien Stücken seinen Wohnort verläßt und in einer fremden Stadt ohne Wohnung und Geld da steht.

Soweit der Bund unserem Land weiter Übersiedler nach dem Bundesaufnahmegesetz zuweist, werden wir diese Übersiedler nicht mehr an die Gemeinden weiterleiten. Das Land wird vielmehr selbst für die kurzfristige Aufnahme sorgen. Insoweit sind auch alle Warnungen des Bundesinnenministers vor einem angeblichen Verstoß gegen Bundesrecht völlig gegenstandslos.

(C)

Aber auch hier kann nur noch im Rahmen der Hilfe für vergleichbare obdachlose Bundesbürger geholfen werden. Und intensiver als bisher wird dann den Übersiedlern gesagt werden müssen, daß ihr Platz heute in der DDR ist.

Die Behandlung wie ein Obdachloser oder die Gewährung einer Rückfahrkarte - das wird die Alternative sein, vor der in Zukunft Übersiedler in Nordrhein-Westfalen stehen werden, die sich nicht selbst um Wohnung oder Arbeit bei uns bemüht haben.

Wir werden damit in den Grundzügen genau das praktizieren, was nach den Vorstellungen der Bundesregierung erst ab dem 1. Juli die Verwaltungspraxis prägen wird; denn die Aufhebung der Bundesgesetzgebung wird sich in diesem Falle sehr ähnlich auswirken.

Insoweit verstehe ich all die bösen und auch verleumderischen Worte, die hier von der CDU gefallen sind, nicht, mit der sie die Landesregierung diffamieren will. Oder hat die CDU von Nordrhein-Westfalen vor, demnächst auch gegen Bundesinnenminister Schäuble zu Felde zu ziehen, meine Damen und Herren von der CDU? Das tut ja jetzt schon die bayerische Landesgruppe der CSU im Bundestag. Ich will hier noch einmal aus dieser Presseerklärung zitieren, in der die Bundesregierung und Herr Schäuble als solcher als zu unflexibel hingestellt werden. Herr Boetsch, der Vorsitzende der Landesgruppe der CSU, sagt:

(D)

Bei aller Freundschaft unter Koalitionspartnern - leider muß kritisch angemerkt werden, daß hier diese Unflexibilität beim Bundesinnenminister vorliegt.

Derselbe Herr hat dann auch gesagt:

Jetzt bestehen nach der DDR-Wahl keine Notaufnahmeverpflichtungen mehr.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen hinkt selbst hinter der CSU her, was ihr doch zu denken geben müßte. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist doch bei Ihnen nur der Vorwurf, wer es sagt, und es geht Ihnen nicht darum, was im Inhalt steht. Wenn es

(Minister Heinemann)

- (A) Ihnen um Inhalte ginge, dann müßten Sie nicht nur die Landesregierung, sondern auch ganz besonders Ihren Herrn Schäuble in gleichem Maße kritisieren. Ich bin auf Ihre Reaktion gespannt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Heinemann hat davon gesprochen, daß dieser uns überfallartig präsentierte Gesetzentwurf ein großer Hilfspakt für die Bevölkerung der DDR sein sollte. Ich kann nur sagen: Das ist der nackte Hohn, diesen Antrag als einen Hilfspakt zu bezeichnen.

(Zuruf von der SPD)

- Herr Kollege, die Bundesregierung will das nicht tun. Ich werde nachher dazu kommen.

Der Antrag, den der Minister uns hier vorlegt, scheint ja auf einmal so eilig zu sein, daß man ihn innerhalb von drei Tagen hier beraten muß, während zur Beratung eines Antrags zur Verbesserung der Kindergartenplatzsituation im Lande Nordrhein-Westfalen nach Auffassung der SPD in diesem Hause keine Zeit mehr war. Auch das muß man sich einmal merken. Dieser Antrag beinhaltet keinen Stopp des Notaufnahmeverfahrens. Das heißt: Das einzige, was sich hier nach Ansicht der Landesregierung ändern soll, ist die Tatsache, daß die Gemeinden nicht mehr verpflichtet sind, jeden Übersiedler aufzunehmen, der dort ankommt.

(B)

Es bleibt übrig, daß die Menschen deswegen nicht mehr von den Gemeinden genommen werden müssen, aber in ein Sammellager des Landes eingewiesen werden sollen. Und das finde ich ja nun hochinteressant. Auf einmal soll es für Übersiedler Sammellager mit Gemeinschaftsverpflegung und täglicher Auszahlung von Taschengeld geben. Als wir dies einmal für die Behandlung von Asylbewerbern angeregt haben, ist uns von der gleichen Landesregierung gesagt worden, wie zutiefst unmenschlich ein solcher Vorschlag doch sei.

Das heißt: Das, was Sie selbst als Landesregierung für zutiefst unmenschlich in bezug auf Asylbewerber bezeichnet haben, wollen Sie jetzt den deutschen Landsleuten aus der DDR hier antun. Da müssen wir sagen: Deutsche aus der DDR dürfen hier nicht schlechter behandelt werden als Menschen,

die aus anderen Ländern in Not oder nicht in Not zu uns kommen. (C)

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Schmidt hat in seinen Äußerungen eben zum letzten Punkt der Debatte gesagt, hier dürften Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Art und Weise, wie Sie, Herr Heinemann, und die Landesregierung seit Monaten über Übersiedler und Aussiedler herziehen, ist das abstoßendste Beispiel der Ausgrenzung und des Ausspielens von Gruppen gegeneinander,

(Zustimmung bei der CDU)

das wir hier in den letzten Jahren erlebt haben.

Man muß sich das wirklich einmal vorstellen: Da sollen Übersiedler also jetzt in einer der schlechtesten Kasernen, Herr Minister, kaserniert werden. Und Herr Breuer hat Sie nicht kritisiert, daß Sie Staumühle nicht benutzen, sondern Herr Breuer hat kritisiert, daß von über 4 000 dem Land angebotenen Kasernenplätzen nur 800 belegt sind und dergleiche Minister permanent darüber jammert, daß er nicht wüßte, wo er die Leute unterbringen sollte. Das ist ein völlig anderer Tatbestand, den der Kollege Paul Breuer hier genannt hat.

Tatsache aber ist, daß Staumühle tatsächlich unerträgliche Verhältnisse bietet und daß die Art und Weise, Herr Minister, wie Sie hier mit Übersiedlern vorgehen wollen, den Vorwurf unseres Generalsekretärs Helmut Linssen in der Tat rechtfertigt, daß Sie sich zum Kasernierungsminister von Nordrhein-Westfalen entwickeln. Das finden wir eine ganz schlimme Situation! (D)

Im übrigen muß man das, was die Landesregierung jetzt tut, einmal vor dem Hintergrund der Äußerungen von Prof. Farthmann sehen, die dieser am 15. November, also nach Öffnung der Grenzen, hier im Landtag getan hat. Da hat Herr Prof. Farthmann gesagt, man wolle zwar nicht jeden sozusagen locken, hierherzukommen, aber jeder, der hier hinkommen würde, müßte anständig behandelt werden. Das wären wir sozusagen der eigenen Moral schuldig.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage mich: Wo ist dieser hohe Anspruch geblieben? Nein, was Sie hier betreiben, ist im Grunde genommen, daß Sie das Lied von Herrn Lafontaine nachsingen ohne jede konkrete praktische Wirkung in bezug auf die

(Schmidt (SPD))

- (A) die wir gegen Aussiedler und Übersiedler hätten, so ist das Ihr Thema, aber nicht unseres.

Was glauben Sie denn eigentlich, wo die Asylanten, die Aus- und Übersiedler bei der großen Zahl, die jetzt immer noch unterzubringen ist, gemeinsam wohnen, wenn man da überhaupt von "wohnen" sprechen darf? Lieber Kollege, wir sprechen doch heute schon von Massenunterkünften. Das wissen Sie doch. Und jemand, der Ratsvorsitzender in einer Gemeinde ist, weiß doch, wovon er redet: Das sind heute schon Massenunterkünfte.

Wenn Sie jetzt anlässlich des Gesetzes, das Minister Heinemann eingebracht hat, sagen, daß in Zukunft Massenunterkünfte, Gemeinschaftsverpflegungen und ähnliches angesagt seien, ist das doch gar nicht das Thema, Herr Kollege Arentz.

Wir machen genau das, was Herr Kollege Schauerte heute morgen sehr beredt gefordert hat, daß nämlich nach dem 18. März Schnelligkeit gefragt ist, damit auch bei uns in der Landespolitik das Miteinander von Deutschland Ost und West auch zum Tragen kommt.

Lassen Sie mich zum Gesetzentwurf noch einiges sagen: Fest steht doch, daß die Umwälzungen in Osteuropa und die friedliche Revolution in der DDR in den Verhältnissen des osteuropäischen Ostblocks im Grunde keinen Stein mehr auf dem anderen gelassen haben. Auch wir müssen uns von gewohnten politischen Kategorien trennen. Unsere Politik gegenüber der DDR und gegenüber Osteuropa muß doch eine völlig neue Gestalt gewinnen.

(B)

Die bisher gültigen Instrumente in bezug auf Übersiedler und Aussiedler müssen durch neue, der neuen Situation angepaßte ersetzt werden. Ich denke, darüber dürfte ernsthaft - insbesondere nach der Beschlußlage in Bonn - doch überhaupt keine Meinungsverschiedenheit mehr im Grundsatz bestehen, Herr Dreyer.

Der Prozeß des Umdenkens vollzieht sich bei den einen etwas schneller und bei den anderen leider extrem langsam, sozusagen von Lafontaine und Heinemann über Späth und Albrecht bis hin zu Schäuble in Lauerstellung. Das ist die Situation, in der wir im Augenblick stehen.

Sehr schnell geht es bei den Ländern und Gemeinden, weil diese natürlich unmittelbar mit den Problemen konfrontiert sind. Im Bundesrat - das wissen Sie genauso gut wie ich - besteht zwischen den Ländern mitt-

lerweile eine erfreuliche Übereinstimmung darüber - Minister Heinemann hat darauf hingewiesen -, daß das Notaufnahmeverfahren für Übersiedler besser heute als morgen eingestellt wird, um wirklich jedem klarzumachen, daß Umzüge innerhalb Deutschlands künftig nicht mehr in einer Massenfluchtbewegung stattfinden können, sondern nur noch in einem geordneten Verfahren: nach Beschaffung von Wohnung und nach Beschaffung von Arbeitsplatz. Bei der Bundesregierung, wie gesagt, dauern die Denkprozesse da etwas länger.

(C)

Sie werden ganz offensichtlich auch noch durch wahlkampfaktische Überlegungen verzögert. Ich erinnere nur daran: Beschluß über die Abschaffung der Notaufnahmeverfahren erst nach der DDR-Volkskammerwahl; Vollzug dieses Beschlusses möglichst nach der DDR-Kommunal- und -Länderwahl. Meine Damen und Herren, das ist eine Vorgehensweise, die sowohl den Interessen der DDR als auch unseren Interessen hier in Nordrhein-Westfalen schadet. Notwendige Beschlüsse müssen meines Erachtens sofort und unabhängig von Wahlterminen umgesetzt werden.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat Forderungen nach einer Abschaffung der Notaufnahmeverfahren lange diffamiert, auch die CDU hier im Hause. Ich erinnere Sie an unsere Debatte am 15. Februar; die Zwischenrufe, die da gekommen sind, als ich einige Hinweise dazu gab, sollten Sie noch einmal nachlesen.

(D)

Nachdem die Bundesregierung nun endlich dazugelernt hat, riskiert sie einen Torschluszwanderungsschub - möchte ich einmal formulieren - durch eine dreimonatige Frist von der Verkündung bis zum Vollzug dieses Gesetzes, die alles bis dahin offenläßt. Erst durch den Druck der SPD-geführten Länder im Bundesrat, dem sich dankenswerterweise auch einige CDU-Regierungen angeschlossen haben, ist es zu dieser für mich wirklich verblüffenden Wende der Bundesregierung beim Thema Übersiedler gekommen.

Es ist schon erstaunlich, wie die Koalition diese Wende vollzieht. Gestern noch wurden die Sozialdemokraten als Spaltpilze der Nation und auch als Sozialchauvinisten diffamiert, während heute ihre Forderungen gängig sind, aufgenommen sind, wenn auch mit den Zeitsprüngen, über die wir diskutiert haben. Ich glaube, auch hier im Lande wird das insgesamt von der Bürgerschaft, wenn man die Ohren wirklich am Volk hat, genauso gesehen.

Wir als SPD-Fraktion begrüßen deshalb, daß die Landesregierung eine Änderung des

(Schmidt (SPD))

- (A) Landesaufnahmegesetzes vom 21. März 1972 beschlossen hat,

(Arentz (CDU): Was bringt das denn?)

nach der die Übersiedler, die zu uns kommen wollen, sich selbst um Wohnung und Lebensunterhalt kümmern müssen. Durch die Übergangsregelung für die Unterbringung in Übergangsheimen bis zum Ende dieses Jahres werden die Gemeinden in die Lage versetzt, das Problem zu bewältigen.

Wir werden dieser Änderung zustimmen und dafür sorgen, daß sie so bald wie möglich in Kraft tritt. Wir wenden damit, wie ich meine, Schaden vom Land ab, aber auch von der DDR, der eintreten würde, wenn wir auf die Abschaffung des Notaufnahmeverfahrens bis zum 1. Juli warteten.

Die Änderung des Landesaufnahmegesetzes wäre noch wirkungsvoller, wenn auch sämtliche Sonderrechte für Übersiedler, deren Existenz Sie jetzt insgesamt auch anerkannt haben - das dauerte ja auch eine Zeit in Ihren Denkprozessen -, kurzfristig abgeschafft würden.

Lassen Sie mich diese Forderung, die die SPD seit geraumer Zeit erhebt, noch einmal ganz deutlich unterstreichen. Meine Damen und Herren, es geht um den Umbau - das ist heute mehrfach diskutiert worden - des Wirtschaftssystems in der DDR, und es geht auch um die soziale Absicherung, an der, wie ich hoffe, mit Hochdruck gearbeitet wird.

(B)

Nun spricht der Kanzler heute von 15 Milliarden DM nur für die Sozialsysteme im Bereich der Arbeitslosenhilfe und der Renten; er fordert gleichzeitig die Länder auf, sich zu beteiligen, und er droht sozusagen an, den Finanzausgleich in dieser Frage zu bemühen.

Meine Damen und Herren! Ich muß dann natürlich fragen: Wer soll es bezahlen - auch das ist heute morgen schon mehrfach diskutiert worden, das steht auch in Ihrem Antrag, den wir gerade behandelt haben -: die Sozialversicherten, die Allgemeinheit oder wer? Diese Frage ist nicht beantwortet.

Eine letzte Bemerkung! Umgekehrt kann der wirtschaftliche Aufbau der DDR nur gelingen, wenn Arbeitskräfte, vor allem junge Leute, dort bleiben, dort umgeschult, dort weitergebildet werden und dort beim Aufbau des Wirtschaftssystems helfen. Beide Teile Deutschlands sitzen in einem Boot. Die DDR kann es sich nicht leisten, weiterhin Menschen zu verlieren. Wir können es uns nicht leisten, weiterhin Menschen aufzunehmen, für

die wir keine Wohnungen und nicht ausreichend Arbeitsplätze haben. Hilfe für die DDR in der DDR und nicht in der Bundesrepublik Deutschland, das ist das Gebot der Stunde. Darauf sollten wir alle unsere Kräfte konzentrieren.

(C)

Die Landesregierung hat meines Erachtens richtigerweise ihre Schlüsse gezogen, die SPD mit ihrer Entschließung, über die wir vorhin abgestimmt haben, ebenfalls. Wir sollten deshalb Schluß machen mit den Verbiegungen und den Ungereimtheiten. Es ist Zeit für eine Entscheidung und auch für diese Änderung des Landesaufnahmegesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Kuhl für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es schon etwas merkwürdig, daß wir jetzt in sieben Minuten - auch wenn darüber Einverständnis im Ältestenrat bestand - ein solches Thema abhandeln, das über Schicksale von Menschen entscheidet.

(Zustimmung des Abg. Arentz (CDU))

Was will die Landesregierung? Sie will künftig keine Übersiedler mehr in Nordrhein-Westfalen aufnehmen, und sie will diese auch nicht in bisher vorgesehenen besonderen Aufnahmeverfahren betreuen. Das, was die Landesregierung macht, meine Damen und Herren, ist schlicht und einfach Etikettenschwindel.

(D)

(Henning (SPD): Es kommen doch keine mehr, haben Sie eben gesagt!)

Kein Bundesland kann einen Aufnahmestopp für Übersiedler beschließen,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

denn dieses Gesetz ist ein Bundesgesetz, datiert vom 22. August 1950. Solange dieses Gesetz existiert, haben alle Länder, Herr Kollege Heinemann, die Pflicht, Aussiedler entsprechend dem vorgesehenen Verteilungsschlüssel aufzunehmen. Ich darf vielleicht auch einmal sagen, weil Herr Kollege Zöpel heute morgen ganz vollmundig erklärte, natürlich kämen Sie nie auf die Idee, sich gegen ein Bundesgesetz auszusprechen: Hier praktizieren Sie dies exakt mit einem eigenen Gesetzesantrag.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) Sie haben natürlich jederzeit das Recht, über den Bundesrat entsprechende Anträge zu stellen. Das kann Ihnen niemand verwehren. Sie machen das ja gerade gemeinsam mit dem Saarland und einigen anderen Ländern.

Aber das, was Sie hier mit Ihrem Aufnahme-stopp veranstalten, ist, auch wenn Ihnen das nicht gefällt, eine verbale Kraftmeierei, mit der Sie als SPD allem Anschein nach mit Blick auf die vor uns liegenden Wahlen am 13. Mai bewußt die ganzen miesen Ressentiments im rechten Wählerreservoir einfangen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist in der Tat ein sehr populistisches Vorgehen; das muß ich Ihnen bescheinigen. Ihr Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine hat damit begonnen, und Rau muß anscheinend jetzt die Kurve kriegen und eilt spornstreichs hinterher.

Man fragt sich, was Sie mit Ihrem Gesetzentwurf eigentlich wollen; denn die Aussiedler werden trotzdem weiterhin kommen. So steht es in der Presseerklärung, die Sie am Montag abgegeben haben. Mein Fazit lautet also: kein wirklicher Aufnahmestopp, sondern nur eine ganz miese Abschreckungsmaßnahme wegen der Unterbringungsprobleme. Man kann das natürlich auch als Zwischenlager bezeichnen. Im Vordergrund der Zwischenlagerbetreuung steht - ich darf aus der Pressemitteilung der Landesregierung zitieren - eine Beratung der Übersiedler zur Rückkehr in ihre Heimat.

- (B) Im Klartext: Sie wollen eine Art Gehirnwäsche machen, Sie wollen die Menschen, die zu uns gekommen sind, umdrehen und sie dann auf dem kalten Weg zurückschicken. Oder wollen Sie ihnen mit diesem Verfahren gar Ratschläge erteilen? Ratschläge sind nach Ihrer Diktion - dem Ministerpräsidenten zufolge - Schläge; "Ratschläge sind Schläge" hat er einmal gesagt.

Ich glaube, man muß auch auf die erheblichen Differenzen innerhalb der SPD hinweisen. Lafontaine will überhaupt nicht, weder die Einheit Deutschlands noch die Übersiedler. Er hat die Landtagswahl gerade hinter sich.

(Minister Heinemann: Der lügt doch wie gedruckt! Lafontaine will die Einigung Deutschlands!)

- Sie sagen, ich lüge wie gedruckt. Herr Kollege Heinemann, Lafontaine hat gesagt, er will die kulturelle Einheit.

(Blumenberg (SPD): Sie müssen einmal den Parteitagbeschuß lesen!)

- (C) - Entschuldigung, Lafontaine hat gesagt, er will die kulturelle Einheit, nicht die politische. Das ist eine Aussage von Lafontaine. Die können Sie doch nicht wegdiskutieren.

(Blumenberg (SPD): Gelogen ist das! Sie lügen!)

- Entschuldigung, das hat er gesagt. Lesen Sie das doch einmal nach! Das steht da drin!

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Blumenberg, meine Damen und Herren, ich bitte, sich auch bei Zwischenrufen auf das hier übliche Maß zu beschränken. Das gilt für jedermann. - Bitte schön!

Kuhl (F.D.P.): Ich sage Ihnen: Der Ministerpräsident dieses Landes macht es etwas anders, weil er - auch mit Blick auf die Landtagswahl - die Aussiedler nicht mit der grünen Minna zurückschicken will. Deshalb machen Sie das auf dem von mir beschriebenen Weg. Was Lafontaine macht, halte ich persönlich für skandalös. Was Sie hier machen, ist nur eine kleine Nuance weniger unanständig.

Für uns stellt sich auch die Frage, was Sie damit erreichen. Sie erreichen letztendlich nur eine Verlagerung des Problems, nämlich raus aus den Übergangsheimen, rein in die Obdachlosenunterkünfte. Ich denke, man muß bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hinweisen, daß seit dem 18. März erheblich weniger Menschen zu uns gekommen sind. Wir haben das in der Runde vorher schon einmal diskutiert, so daß ich darauf nicht mehr eingehen will.

Es kommen immer noch Menschen, und zwar aus den unterschiedlichsten Gründen; ich will gar nicht beurteilen, aus welchen Gründen sie kommen. Ich glaube, wir haben nicht das Recht, den Menschen, die hierher kommen und die hier einen Neuanfang wagen wollen, die Startchance zu nehmen; ein Start aus dem Obdachlosenasyl läßt in der Tat wenig Hoffnung aufkommen. Bisher ist kein Übersiedler nur deshalb in die Bundesrepublik gekommen, weil er dieses ach so kostbare Geschenk eines Übergangswohnheimes in Anspruch nehmen wollte.

Herr Ministerpräsident oder Herr Kollege Heinemann, Sie müssen auch erklären, wie Sie die Sozialhilfe regeln wollen. Wenn jemand von München nach Düsseldorf kommt, hier obdachlos wird und Sozialhilfe bekommt, kann die Stadt Düsseldorf bei der Stadt München das Geld einklagen. Ich möchte die Stadt in Nordrhein-Westfalen sehen, die das Geld in Leipzig einklagen kann. Diese Stadt wird es

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) nicht geben. Was wird geschehen? Sie wollen die Sinti und Roma nicht zurückschicken. Auch wenn der Kollege Schnoor eben darüber gesprochen hat, wollen Sie abgelehnte Asylbewerber in Teilbereichen ebenfalls nicht zurückschicken, weil es eine menschliche Angelegenheit ist, die Leute hier zu lassen. Dem stimme ich zu. Aber es ist genauso menschlich, unsere deutschen Landsleute, wenn sie denn hierher kommen, hier zu behalten. Dies wäre eine Politik für die Menschen. Die Politik, die Sie mit Ihrem Gesetzentwurf machen wollen, ist eine Politik gegen die Menschen.

Ich darf die Landesregierung auch auffordern, die Versprechungen einzulösen, die sie bei ihren Auftritten im Wahlkampf in der DDR vor dem 18. März gegeben hat, auch wenn ihr die jetzige Regierung vielleicht nicht paßt. Tun Sie das, was Sie versprochen haben. Die Bundesregierung wird es genauso tun. Aber hören Sie auf, die Sozialneidkampagne in Nordrhein-Westfalen auf dem Rücken der Aus- und Übersiedler auszutragen,

(Schmidt (SPD): Wer macht das denn?)

wobei ich auch sagen darf, daß das, was Schily am Wahlabend mit der Banane gemacht hat, eine kalt kalkulierte Wählerbeschimpfung bar jeglichen Anstands gewesen ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- (B) Ich will Ihnen aber auch sagen, daß wir Ihrem Gesetzentwurf in einem einzigen Punkt zustimmen, nämlich im Punkt Finanzierung. Wir sind nicht bereit, das so hinzunehmen. Auch der Landkreistag hat noch einmal sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Kommunen dann alles finanzieren müßten. Zusammen mit meinem Fraktionsvorsitzenden Achim Rohde habe ich gestern in einem Brief an Wolfgang Mischnik, dem Vorsitzenden der F.D.P.-Fraktion im Deutschen Bundestag, gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß der Bund diese Kosten, soweit es die Soziallasten angeht, übernimmt. Wir werden den Versuch unternehmen, in Bonn für Nordrhein-Westfalen zu streiten; denn wir können es nicht verantworten, daß die Kommunen alles allein finanzieren müssen. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Innenminister Dr. Schnoor das Wort.

Dr. Schnoor, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme noch einmal auf die Bemerkung von Herrn Arentz wegen der 100 000 Asylbewerber zurück. Herr

Arentz, Sie haben gerade eingeräumt, daß Ihre Zahl 100 000 auf Vermutungen beruht. (C)

(Arentz (CDU): Sie haben doch auch keine konkreten Zahlen!)

Ich hingegen habe genaue, bei den Behörden ermittelte Zahlen genannt. Per 1.7.1989 waren es 2 292 abgelehnte Asylbewerber, bei denen die Abschiebung noch nicht vollzogen war.

(Zuruf von der CDU)

(Minister Dr. Schnoor)

- Nein, ausschließlich! Mehr waren es in Nordrhein-Westfalen nicht.

Zweitens: Ich habe weiterhin gesagt, daß es in Nordrhein-Westfalen 33 377 De-facto-Flüchtlinge gibt, also Flüchtlinge, bei denen z. B. Entscheidungen nach § 14 Ausländergesetz vorliegen, wie das bei den Christen, bei den Yesiden, bei den Afghanen, oder wen Sie auch immer nehmen, der Fall ist. Ich habe bis jetzt aber von niemandem gehört, daß er diese Entscheidungen rückgängig machen will.

Wer jetzt noch behauptet, in Nordrhein-Westfalen gebe es 100 000 abgelehnte Asylbewerber, die abgeschoben werden könnten, sagt wissentlich die Unwahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Arentz und Schauerte (CDU)) (D)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Es wird empfohlen, dem Gesetzentwurf an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge - federführend - und an den Ausschuß für Innere Verwaltung - mitberatend - zu überweisen. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 5 auf:

NRW-Programm zur Verhinderung der Aufheizung der Erdatmosphäre (CO₂-Minde-rungsprogramm Nordrhein-Westfalen)

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 10/5038

in Verbindung damit: